

Jahresbilanz und Ausblick

Entschlossen die kommenden Herausforderungen annehmen

Ein politisch erfolgreiches und zugleich schwieriges Jahr neigt sich dem Ende zu. Die Jahresbilanz kann sich sehen lassen.

Die Reform der Erbschaftsteuer ist unter Dach und Fach. Gewinner sind vor allem mittelständische Familienunternehmen und deren Beschäftigte sowie Ehegatten und Kinder, die eine selbstgenutzte Immobilie erben. Die Reform hat die Rolle der CSU-Landesgruppe als Anwalt des Privateigentums unterstrichen.

Die ökonomischen Grunddaten haben bis in den Herbst hinein eine rasante und überaus erfreuliche Entwicklung genommen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist so gut wie seit der Wiedervereinigung nicht mehr. Die Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung haben sich gelohnt. Erst diese Erfolge verschaffen unserem Land die notwendigen Spielräume, sich den großen Herausforderungen des nächsten Jahres entschlossen stellen zu können.

Die Hypothekenkrise in den USA hat das weltweite Finanzsystem vor eine Zerreißprobe gestellt. Mit dem Paket zur Finanzmarktstabilisierung ist es gelungen, einen Flächenbrand mit der möglichen Insolvenz von Kreditinstituten zu verhindern und das Vertrauen der Sparer in die Solidität des Systems zu erhalten.

Die globale Finanzkrise schlägt mittlerweile auf die Realwirtschaft durch, wie die Auftragsentwicklung in immer mehr Branchen zeigt. Die unionsgeführte Regierungskoalition hat schnell gehandelt und mit der Senkung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung, der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag sowie dem Impulsprogramm für

mehr Wachstum und Beschäftigung gegengesteuert. Die Menschen sehen, dass CDU, CSU und die gesamte Große Koalition alles daransetzen, um einen Absturz der Wirtschaft zu verhindern.

Nach vorliegenden Prognosen ist jedoch das schlimmste noch nicht überstanden. Deshalb sind weitere Maßnahmen zur Stärkung der Binnenkonjunktur nötig, über deren Eckpunkte die Koalition im Januar entscheiden muss. Dabei helfen Strohfeuerprogramme nicht weiter. Die Diskussionen um Konsumchecks und andere kurzzeitige Maßnahmen sollten schnell beendet werden. Vielmehr sind nachhaltige Maßnahmen im Sinne einer konjunkturgerechten Wachstumspolitik das Gebot der Stunde. Sinnvoll und notwendig sind jetzt Maßnahmen, die dauerhaft wirken und schnell umgesetzt werden können. Der richtige Weg lautet: Steuerentlastungen einerseits und gezielte Erhöhungen von öffentlichen Investitionen andererseits.

Steuerlich denkbare Schritte wären eine Anhebung des Grundfreibetrages, eine Absenkung des Eingangssteuersatzes oder eine Abschaffung des Mittelsteuersatzes. Das würde den unteren und mittleren Einkommen die größte Entlastung bringen. Ein wesentlicher Schwerpunkt bei der Stimulierung von Investitionen sollte bei den Kommunen liegen. (Sie sind der größte öffentliche Auftraggeber.) Jede dort getätigte Investition hat den Vorteil, dass sie in der Regel besonders dem örtlich verankerten Mittelstand und Handwerk zugute kommt.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

das Jahr 2008 könnte als das Jahr mit den zwei Gesichtern im Gedächtnis haften bleiben. Aus ökonomischer Sicht haben wir allen Anlass zu freundlichen Mienen. Hinter uns liegt ein Jahr kaum für möglich gehaltener Erfolge. Die Arbeitslosigkeit konnte deutlich gesenkt, der Beschäftigungsstand auf Rekordhöhen gesteigert werden. Dabei sollten wir nicht übersehen: Hinter diesen ökonomischen Größenordnungen steht das persönliche Schicksal von Hunderttausenden Mitbürgern und ihren Familien. Ihnen und nicht amtlichen Statistiken gilt unsere politische Arbeit.

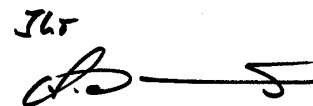


Wie hoch diese Erfolge einzuschätzen sind, zeigt sich gerade zu Beginn der sich abzeichnenden konjunkturellen Schwächephase, die Anlass für manche Sorgenfalten ist. Aber wir sollten nicht in Pessimismus verfallen. Unser Land ist deutlich besser gerüstet als noch vor wenigen Jahren. Wir sollten entschlossen ins neue Jahr gehen, um bald wieder an die guten Aufschwungjahre anknüpfen zu können. Entscheidend wird sein, jetzt rasch die richtigen Entscheidungen zu treffen.

Für unsere Partei brachte dieses Jahr einen großen Umbruch. Wir alle hätten uns ein deutlich besseres Ergebnis bei der Landtagswahl gewünscht. Aber wir haben die Konsequenzen daraus gezogen, uns neu aufgestellt und blicken nach vorn. Wenn wir Geschlossenheit, Geradlinigkeit und Grundsatztreue demonstrieren, dann werden wir die kommenden Herausforderungen gut bestehen. Auf diesem Weg darf ich Sie weiter um Ihre Unterstützung bitten.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Dobrindt MdB

Feuerwehrlieferungskräfte aus Bayern zu Besuch in Berlin

Eine 50-köpfige Delegation von Feuerwehrlieferungskräften aus allen Regionen Bayerns war in dieser Woche zu Gast in Berlin. Im Rahmen des Besuchsprogramms auf Einladung der CSU-Landesgruppe wurde vor allem das Thema Feuerwehrliefererschein problematisiert.

Die Feuerwehren, das Technische Hilfswerk und andere Hilfsorganisationen haben immer mehr Schwierigkeiten, ausreichend Fahrer für ihre Einsatzfahrzeuge zu finden. Grund ist das europäische Führerscheinsrecht. Die Grenze zwischen der Pkw-Führerscheinklasse und der Lkw-Führerscheinklasse verläuft bei 3,5 Tonnen zulässiges Gesamtgewicht.

Viele moderne Einsatzfahrzeuge haben aber ein höheres Gesamtgewicht. Angehörige von Feuerwehr, die heute den Pkw-Führerschein der Klasse B erwerben, dürfen solche Fahrzeuge nicht fahren. Ähnlich sieht es im Rettungsdienst oder beim Technischen

Hilfswerk aus. Den Feuerwehren und anderen Hilfsorganisationen wird deshalb bald ein Fahrermangel drohen. Die CSU-Landesgruppe unterstützt deshalb die Forderung der Bayerischen Feuerwehren nach einer Sonderregelung für Führerscheine von Angehörigen von Feuerwehr

und Katastrophenschutz. Sie wird die Initiative der Bayerischen Staatsregierung gegenüber dem SPDgeführten Bundesverkehrsministerium nachhaltig unterstützen, die eine Ausnahmeregelung für Fahrzeuge bis zu einer Gesamtmasse von 4,25 t vorsieht.



Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehr zu Besuch in der Bayerischen Landesvertretung

Diese Woche

Jahresbilanz und Ausblick

Gut gerüstet die kommenden Herausforderungen annehmen S. 1

Feuerwehrlieferungskräfte aus Bayern zu Besuch in Berlin S. 2

Auszubildende

3. Nationale Bestenehrung des DIHK S. 2

Krankenhäuser

Nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung S. 3

XXX III. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth

Im Mittelpunkt: Maßnahmen zur Überwindung der drohenden Konjunkturschwäche S. 4

Vermittlungsausschuss

Wichtige Gesetze unter Dach und Fach S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Auszubildende

3. Nationale Bestenehrung des DIHK

Der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) hat am Montag bereits zum dritten Mal die „Nationale Bestenehrung“ veranstaltet. Zu dieser Ehrung werden die besten Auszubildenden Deutschlands nach Berlin eingeladen.

Auch in diesem Jahr liegt der Freistaat Bayern in der Länderwertung ganz vorn. Von den 229 Ausbildungsbesten des Jahrgangs kommen allein 49 aus Bayern.



Zur „Bestenehrung“ haben alle Bundestagsabgeordneten vom DIHK eine Einladung erhalten.

Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe haben diese Gelegenheit gerne genutzt, ihren jahrgangsbesten Azubis aus den Wahlkreisen sowie deren Aus-

bildungsleitern und Eltern z. B. während eines Rundganges durch das Reichstagsgebäude persönlich zu gratulieren.

Krankenhäuser

Nachhaltige Verbesserung der Finanzausstattung

Die Reform der Krankenhausfinanzierung verschafft auch den bayerischen Kliniken deutliche Verbesserungen. Für die stationäre Versorgung der Patientinnen und Patienten werden im nächsten Jahr bundesweit 3,5 Mrd. € mehr zur Verfügung stehen als heute. Diese Steigerung um über 6% kann sich sehen lassen. Dauerhaft wirkende strukturelle Verbesserungen sorgen zudem für verlässliche Rahmenbedingungen und damit für Planungssicherheit in den Folgejahren.

Bei den Verhandlungen war sich die CSU der aktuellen Finanzsituation der Krankenhäuser bewusst. Der absehbar höhere und damit kostenintensivere Behandlungsaufwand, die Folgen der neuen Tarifverträge, von denen die Klinikbelegschaften zu Recht profitieren, sowie die steigenden Energie- und Sachkosten bedeuten für die Kliniken erhebliche Belastungen. Die CSU hat deshalb die bayerischen Krankenhäuser in ihrer Erwartung unterstützt, rasch Klarheit über die politisch zugesagte Mittelaufstockung in Höhe von 3,5 Mrd. € zu schaffen. Diese Zusage wird eingehalten:

Die krankenhaustypische Kostenentwicklung wird künftig bei der Leistungsvergütung deutlich besser berücksichtigt. Die strikte Grundlohnbindung wird ersetzt.

Die jüngsten Lohn- und Gehaltszuwächse für die Beschäftigten werden

ab 2009 zu 50% durch die Krankenkassen mitfinanziert. Damit es dabei gerecht zugeht, profitieren diejenigen Krankenhäuser stärker, die die jüngsten Tarifvereinbarungen anwenden, als Kliniken, in denen geringere Lohnzuwächse gelten.



Das Programm zur Förderung neuer Pflegekräfte verbessert die Pflegesituation in unseren Krankenhäusern. Entgegen ursprünglichen Plänen werden neue Pflegestellen nunmehr zu 90%, statt zu 70% von den Kassen gefördert.

Politische Zusagen müssen eingehalten werden. Dafür hat die CSU erfolgreich gestritten. Sozusagen in letzter Minute hat es den Versuch gegeben, seit langem bekannte Mittelzuwächse der Krankenhäuser aus der letzten Stufe einer Vergütungsumstellung mit Finanzzusagen zum Ausgleich der jüngsten Tariflohn-Erhöhungen zu verrechnen. Ein solches Manöver hätten die Krankenhäuser zu Recht als krassen Wortbruch empfunden. Nunmehr haben wir sichergestellt, dass die betroffenen Krankenhäuser die ihnen zustehenden Mittelzuwächse auch tatsächlich erhalten.

Unter dem Strich ist festzustellen: Die Reform stärkt die Finanzausstattung der Kliniken nachhaltig. Sie trägt wesentlich dazu bei, das hohe wohnortnahe Versorgungsniveau unseres Gesundheitswesens im stationären Bereich im Interesse der Patientinnen und Patienten auch unserer bayerischen Heimat dauerhaft zu sichern.

Einen ausführlichen „Info-Dienst“ zum Thema findet sich unter: www.csu-landesgruppe.de

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Bei Pendlerpauschale jetzt rasch Rechtsklarheit schaffen

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Pendlerpauschale lag auf der Hand. Es ist das eingetroffen, was die CSU seit Monaten fordert. Die alte Regelung der Pendlerpauschale ist wieder ab dem ersten Kilometer gültig. Der volle steuerliche Ausgleich für Berufspendler hätte schon viel früher gewährt werden können. In dem Steuerkonzept der CSU „Mehr Netto für alle“ waren seit Mai alle Entlastungsschritte beschrieben. Kostbare Zeit ist ins Land gegangen. Jetzt zählt aber nur, dass ohne große Diskussion den Menschen sofort Steuererleichterungen zukommen. Dies schafft die nötige Kaufkraft, die zur Bewältigung der schwierigen Finanz- und Wirtschaftslage dringend gebraucht wird. Die CSU-Landesgruppe wird darauf drängen, dass die notwendige Rechtsgrundlage zur Wiedereinführung der alten Pendlerpauschale in der bewährten Form rasch geschaffen wird.

Zahl der Verkehrstoten auf historischem Tiefstand

Im laufenden Jahr ist die Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr in Deutschland auf 4.600 gesunken. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einem Rückgang um rund 7 Prozent. Insgesamt ist dies die niedrigste Zahl seit Einführung der Statistik im Jahr 1953. Auch die Zahl der Verletzten ging um beinahe sechs Prozent auf 407.000 Personen zurück. Insgesamt hat die Zahl der Unfälle um zwei Prozent abgenommen. Auch die Unfälle durch überhöhte Geschwindigkeit oder unter Alkoholeinfluss sind rückläufig. Dies zeigt u.a.: Die immer wieder auch auf Sicherheitsaspekten begründeten Forderungen nach Tempolimits auf Deutschlands Autobahnen sind zumindest hinterfragbar.

XXX III. Klausurtagung der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth

Im Mittelpunkt: Maßnahmen zur Überwindung der drohenden Konjunkturschwäche

Vom 07.-09.01.2009 werden die Mitglieder der CSU-Landesgruppe zur inzwischen 33. Jahresauftakt-Klausur in Wildbad Kreuth zusammenkommen. Ihrer Tradition entsprechend beraten die CSU-Bundestagsabgeordneten dort jenseits der parlamentarischen Tagesarbeit grundsätzliche Themen und Akzente ihrer politischen Arbeit für das neue Jahr.

Begrüßt wird die CSU-Landesgruppe EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, den Vorsitzenden der Industriegesellschaft Bergbau, Chemie, Energie, Hubertus Schmoldt, den Präsidenten des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie, Prof. Dr.-Ing. Hans-Peter Keitel sowie den Präsidenten des Bundesverbandes deutscher Banken, Klaus Peter Müller.

Als stark exportabhängiges Land ist Deutschland vom wirtschaftlichen Abschwung in den EU-Partnerstaaten besonders betroffen. Deshalb hat unser Land ein großes Interesse daran, dass auch in den anderen EU-Staaten gegengesteuert wird. Die CSU-Landesgruppe will in diesem Zusammenhang EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso verdeutlichen, dass ein Engagement der EU-Kommission für EU-weit abgestimmte Maßnahmen begrüßenswert ist, dass aber jedes Mitgliedsland letztlich selbst und auf eigene Rechnung über konjunkturstützende Maßnahmen ent-

scheiden muss. Kontrovers diskutiert werden sicher auch die Fragen eines EU-Türkei-Beitritts oder die Antidiskriminierungspolitik.



Die CSU-Landesgruppe sucht in Kreuth bewusst zum wiederholten Mal das Gespräch mit führenden Gewerkschafts- und Arbeitgebervertretern. Im Gespräch mit Hubertus Schmoldt (IG BCE) und Hans-Peter Keitel (BDI) wird möglicherweise auch der Gedanke eines neuen Pakts für Beschäftigung angesprochen, dem die CSU-Landesgruppe eher skeptisch gegenübersteht. Die Erfah-

rungen der rot-grünen Koalition mit dem seinerzeitigen Beschäftigungspakt waren eher enttäuschend. Vielmehr müssen sich die Sozialpartner ihrer umfassenden Verantwortung im Tarifgeschehen und für den Arbeitsmarkt auch jenseits institutionalisierter Gesprächsrunden bewusst sein.

Mit Klaus-Peter Müller vom Bundesverband Deutscher Banken wird die CSU-Landesgruppe über die notwendigen Konsequenzen aus der Finanzmarktkrise für eine künftige Finanzmarktordnung sprechen. Die unionsgeführte Bundesregierung hat mit einem umfangreichen Paket zu einer ersten Stabilisierung der Finanzmärkte beigetragen und einen Flächenbrand verhindert. Das Vertrauen der Banken untereinander ist aber nach wie vor beschädigt. Zur Finanzmarktstabilisierung sind deshalb weitere Verbesserungen notwendig. Insbesondere müssen die Hilfen eher bürokratischer umgesetzt werden.

Vermittlungsausschuss

Wichtige Gesetze unter Dach und Fach

Das Bundeskriminalamt-Gesetz sowie das Familienleistungsgesetz mit der Erhöhung des Kindergelds sind nunmehr unter Dach und Fach. Entsprechende Einigungen hat am Donnerstag der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat gebracht.

Das Bundeskriminalamt wird im Rahmen seiner Aufgaben im Bereich der Gefahrenabwehr gegenüber terroristischen Gefahren nur in den Fällen zuständig sein, in denen eine länderübergreifende Gefahr vorliegt und die Zuständigkeit einer Landespolizeibehörde nicht klar erkennbar ist oder die oberste Landesbehörde um die Übernahme ersucht hat.

Mit der Einigung in diesem Punkt wird das Bundeskriminalamt in die Lage versetzt, die Zuständigkeiten, die ihm mit der Föderalismusreform übertragen wurden, auch wirksam auszufüllen.

Beim umstrittenen Thema Online-Durchsuchung wurde die Eilfallregelung ersatzlos gestrichen. Online-Durchsuchungen können künftig nur auf Antrag des Präsidenten des BKA oder seines Vertreters durch ein Gericht angeordnet werden. Die erhobenen Daten sind nicht erst im Streitfall, sondern von vorneherein unverzüglich vom Datenschutzbeauftragten des BKA auf Inhalte durchzusehen, die den Kernbereich privater Lebensgestaltung betreffen und sodann unverzüglich zu löschen. Mit der Einigung über dieses lange umstrittene Gesetz ist in einem sensiblen Bereich damit Klarheit geschaffen.

Beim Familienleistungsgesetz haben sich Bund und Länder auf die Verteilung der finanziellen Lasten für die Kindergelderhöhung ab 1.1.2009 verständigt. Dazu wurde zusätzlich zur bestehenden Umsatzsteuerverteilung ein Belastungsausgleich in Form von Festbeträgen für die Jahre 2009 bis 2011 vereinbart. Im Jahr 2009 beträgt dieser Festbetrag z.B. annähernd 800 Mio. Euro zugunsten der Länder. Durch die Einigung über die Kostenverteilung kann die beschlossene Kindergelderhöhung sowie die Erhöhung des Kinderfreibetrages wie vorgesehen zum Jahresbeginn 2009 in Kraft treten.